

## Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 20.05.2025

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Ende:</b>	19:08 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Sitzungsleiter/in:</b>	Frau Schwarz
<b>Schriftführer/in:</b>	

### Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Genehmigung der Niederschrift	
4.1.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 25.03.2025	1297/25
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Stand der Umsetzung des Aktionsplanes zur UN-	0177/25

Behindertenrechtskonvention  
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Rötsch  
hinzugezogen: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
- 6.1. 2. Förderrunde zur Förderung sozialräumlicher Projekte der freien Wohlfahrtspflege nach der FRLSozialesEF im Jahr 2025 **1200/25**  
BE: Leiter des Amtes für Soziales
- 6.2. Vorstellung der Frauenzentren in Erfurt **1304/25**  
BE: Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN  
hinzugezogen: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister;  
Vertreter des FrauenZentrum Erfurt;  
Vertreter des Brennessel e.V. - Zentrum gegen Gewalt an Frauen
7. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates
- 7.1. Verantwortungsvolle Regulierung von Cannabis auf kommunaler Ebene – Modelvorhaben zur Abgabe von Cannabis entsprechend dem Programm des Bundes in Erfurt umsetzen **1585/24**  
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit
- 7.1.1. Antrag der Fraktion Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 1585/24 - Verantwortungsvolle Regulierung von Cannabis auf kommunaler Ebene – Modelvorhaben zur Abgabe von Cannabis entsprechend dem Programm des Bundes in Erfurt umsetzen **1068/25**  
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit
- 7.2. Keine Zeltlager in Erfurt: Taskforce für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in Erfurt **1817/24**  
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
- 7.3. Helferportal für Menschen mit Behinderungen und für Seniorinnen und Senioren in Erfurt **0785/25**  
BE: Vertreter der Fraktion CDU

- hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
- 7.3.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0785/25 - Helferportal für Menschen mit Behinderungen und für Seniorinnen und Senioren in Erfurt  
BE: Vertreter der Fraktion CDU  
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend **1234/25**
- 7.4. Sachstand Umsetzung ThINKA-Projekte Erfurt, Abschluss von Kooperationsvereinbarungen  
BE: Leiter des Amtes für Soziales **0981/25**
- 7.5. Stipendienprogramm der Stadt Erfurt für Zahnmedizinstudenten zur Sicherung der zahnärztlichen Versorgung in Kooperation  
BE: Vertreter Fraktion der AfD  
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit **1205/25**
- 7.6. Weiterführung Sozialticket ab 1. September 2025  
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke  
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend **1250/25**
- 7.7. Mehr Gesundheitsversorgung dort, wo sie gebraucht wird – für ein Modellprojekt Gesundheitskiosk  
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN  
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit **1273/25**
8. Festlegungen des Ausschusses
- 8.1. Festlegung aus der öffentl. Sitzung des SAG vom 18.02.2025 zu TOP 5.2 – DS 0251/25 - Förderung von Projekten und Maßnahmen des LSZ im Jahr 2025/ hier: Negativliste  
BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit **0547/25**
9. Informationen
- 9.1. Konzeption Erfurter Seniorenpass  
BE: Leiter des Amtes für Soziales **1246/25**

9.2. Mündliche Informationen

9.3. Sonstige Informationen

## I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-  
Nummer

### 1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Schwarz, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die form- und fristgerechte Einladung, sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte die Gäste.

Frau Schwarz informierte den Ausschuss darüber, dass die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit als stimmberechtigte Vertreterin des Oberbürgermeisters an der Sitzung teilnahmen. Zu Beginn der Sitzung waren zehn stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

### 2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 7.7 in Drucksache 1273/25 – Mehr Gesundheitsversorgung dort, wo sie gebraucht wird – für ein Modellprojekt Gesundheitskiosk- wurde auf Wunsch des Einreichers vertagt.

Des Weiteren wurde die Vorstellung der Gleichstellungsbeauftragten unter dem Tagesordnungspunkt 9.3 Sonstige Informationen angekündigt.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung wurden nicht beantragt, sodass die Ausschussvorsitzende über die geänderte Tagesordnung abstimmen ließ.

**Genehmigt Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### 3. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

### 4. Genehmigung der Niederschrift

#### 4.1. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 25.03.2025 1297/25

Es wurden weder mündliche noch schriftliche Einwände gegen die Niederschrift erhoben.

**Genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

### 5. Behandlung von Anfragen

#### 5.1. Stand der Umsetzung des Aktionsplanes zur UN-Behindertenrechtskonvention 0177/25 Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Röttsch hinzugezogen: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister

Auf die Nachfrage zu Wortmeldungen durch die Ausschussvorsitzende, bat Frau Morgenroth, Fraktion Mehrwertstadt um das Wort. Sie erfragte den Zeitpunkt der Veröffentlichung des Berichts?

Die damit betraute Inklusionsmanagerin gab einen Einblick in die aktuellen Arbeitsprozesse, welche weiterhin laufen. Es läge ein straffer Zeitplan vor, da die Stadt bereits in Verzug geraten ist, so die Mitarbeiterin. Der Beteiligungsprozess ist beendet, so könne man nun die Maßnahmen verfolgen, welche sich durch die Befragungen in jenem Prozess ergeben haben. Es bestünde eine fließende Kommunikation, unter anderem mit den verschiedenen Ämtern. Des Weiteren tagte das Fachgremium am 26.05.2025 für die Sichtung und Priorisierung der sich ergebenden Maßnahmen. Die Inklusionsmanagerin visitierte die nächste Ausschusssitzung am 19.08.2025 für die Berichterstattung an. Im Anschluss an den Sachstandsbericht hatte Frau Morgenroth, Fraktion Mehrwertstadt Nachfragen zur Antwort zu Frage drei der Stellungnahme und bat um eine Auflistung. Die größten Handlungsbedarfe sehe die Mitarbeiterin in der Bewusstseins- und Sensibilisierungsarbeit. Dazu wurden verschiedene Projekte besprochen und bereits gestartet.

## Zur Kenntnis genommen

### 6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 6.1. **2. Förderrunde zur Förderung sozialräumlicher Projekte der freien Wohlfahrtspflege nach der FRLSozialesEF im Jahr 2025** 1200/25  
**BE: Leiter des Amtes für Soziales**

Einleitend bedankte sich Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN für die transparente Darstellung des Auswahlprozesses, des Weiteren erfragte er den ungefähren Zeitraum der angesprochenen Veranstaltung.

Der Amtsleiter des Amtes für Soziales verwies auf die Drucksache 2811/23 samt Anlage zum Thema Integrierte Sozialraumplanung. Ein Termin konnte noch nicht genannt werden. Die Ortsteilbürgermeisterin des Ortsteils Roter Berg hatte Nachfragen zu dem, in der Stellungnahme genannten Begleitgremium, welches die Empfehlung zu Förderungsplanung gibt.

Dieses Gremium bestehe aus den Akteuren im Quartiersmanagement, den ortsansässigen Wohnungsbaugenossenschaften und den Fachplanungen der Ämter, so der Amtsleiter des Amtes für Soziales. Er erklärte weiter, dass im Rahmen des Planungsprozesses ein planungs- und ämterübergreifendes Grundverständnis für eine integrierte Sozialraumplanung erarbeitet werde.

Abschließend bat die Ausschussvorsitzende zur Abstimmung.

**Beschlossen Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### Beschluss

**Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung beschließt die Projektauswahl zur 2. Förderrunde zur Förderung der sozialräumlichen Projekte im Jahr 2025 nach 2.2. der FRLSozialesEF gemäß Anlage 1.**

**6.2. Vorstellung der Frauenzentren in Erfurt**  
**BE: Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN**  
**hinzugezogen: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister;**  
**Vertreter des FrauenZentrum Erfurt;**  
**Vertreter des Brennessel e.V. - Zentrum gegen Gewalt an**  
**Frauen**

1304/25

Zu Beginn begrüßte die Ausschussvorsitzende erneut die anwesenden Gäste der eingeladenen Frauenzentren. Für die gewünschte Vorstellung bat die Ausschussvorsitzende zur Abstimmung über das Rederecht der Gäste.

**Beschlossen Ja: 11 Nein: 0 Enthaltung: 0**

Es begannen Frau Erdminger und Frau Hildesheim vom FrauenZentrum Erfurt mit der Vorstellung. Seit 1990 besteht das FrauenZentrum Erfurt von Frauen für Frauen, gegründet als eines der ersten Zentren in Erfurt. Seit 2003 befindet sich das Frauenzentrum Erfurt in Trägerschaft des Frauen- und Familienzentrum Erfurt e. V. Die Schwerpunkte des Zentrums liegen in Bildung, Beratung, Begegnung und Bewegung. Neben zahlreichen Selbsthilfegruppen, Veranstaltungs-, Bildungs- und Gesprächsangeboten unterstützen die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter beispielsweise zum Thema Rechtsberatung, Frauengesundheit und Suchtberatung. Durch eine starke Vernetzung eines großen Hilfsnetzwerkes kann individuelle Hilfe angeboten werden.

Anschließend fand die Vorstellung des „Brennessel e. V. Erfurt“ - Zentrum gegen Gewalt an Frauen durch Frau Reber, Frau Schmidt und Frau Heinig statt. Seit der Gründung vor 35 Jahren professionalisierte sich die Arbeit großflächig. Die Schwerpunkte liegen unter anderem in der Beratung in herausfordernden Lebenslagen wie beispielsweise bei Erziehungsfragen und der Wohnungssuche, in der Begleitung bei Behördengängen, von Veranstaltungen zum Thema Empowerment, Selbststärkung, Sport und Gesundheit und Finanzberatung, erläuterte Frau Reber ausführlich. Der größte Fokus für die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter liege auf der Gewaltprävention und Kommunikationstraining.

Frau Herold, Fraktion AfD, hatte Nachfragen zu den Vorträgen. Sie erfragte den Einsatz zum Schutz von gefährdeten Kindern durch häusliche Gewalt, da der Statistik nach 20 % der häuslichen Gewalt von Frauen ausginge. Die Vertreterinnen beider Frauenzentren bestätigten, dass im Kern der Arbeit vom Schutz von Menschen gesprochen werde, niemand werde abgewiesen, der um Hilfe bittet. Dennoch wären es vorrangig Frauen. Es wäre jedoch korrekt, dass die Hilfe zum Schutz von Männern in herausfordernden Lebenslagen noch ausbaufähig sei, so Frau Schmidt von der „Brennessel“.

Zu den Gründen der Befristungen der Projekte hatte Herr Panse, Fraktion CDU Nachfragen. Eine Befristung besteht bei den Projekten auf Grund der Bereitstellung von Fördermitteln der Aktion „Deutschland hilft“. Herr Möller bedankte sich abschließend bei den Mitarbeiterinnen der Frauenzentren für ihre Arbeit.

Es wurden keine weiteren Nachfragen durch die Ausschussmitglieder gestellt. Eine erneute Abstimmung war nicht notwendig, da der Beschluss mit dem Gewähren des Rederechts einstimmig beschlossen wurde. Somit bedankte sich die Ausschussvorsitzende bei den Gästen und schloss den Tagesordnungspunkt.

**Kein Votum**

## 7. Vorberaterung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

- 7.1. **Verantwortungsvolle Regulierung von Cannabis auf kommunaler Ebene – Modelvorhaben zur Abgabe von Cannabis entsprechend dem Programm des Bundes in Erfurt umsetzen** 1585/24  
**BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit**

Zu Beginn der Diskussion erläuterte Frau Wuttig, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN den Grund zur Antragstellung des Änderungs-, bzw. Ergänzungsantrages in Drucksache 1068/25. Die Ursprungsdrucksache 1585/24 wurde auf Grund der seinerzeit geltenden Bundesgesetze verfasst. Mit der Wahl der neuen Regierung entscheidet man sich für den Änderungsantrag. Der Verein „Cannabis Forschung Deutschland e. V.“ stellte den Forschungsantrag bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Frau Wuttig und die Fraktion befürworteten das Vorhaben und wünschten sich eine fachliche Begleitung, Kontakt und Kommunikation mit den Forschungsbetreibern. Sie stellte die anwesende Frau Schubert vor, welche die entstehende Abgabestelle in Erfurt leiten würde und beantragt das Rede-recht für den Gast.

**Beschlossen Ja: 11 Nein: 0 Enthaltung: 0**

Frau Schubert spricht sich mit einer ausführlichen Darstellung der ersten Erkenntnisse von einem Jahr Teillegalisierung von Konsumcannabis für eine Teilnahme der Stadt Erfurt am Forschungsprojekt aus. Die Zustimmung zur Einrichtung kontrolliert legaler Abgabestellen kam bereits beispielsweise von dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Polizeigewerkschaft, drei großen Suchtverbänden und einer Bundestagsabgeordneten der Fraktion CDU. Es handle sich um eine bundesweite Studie im Rahmen der Wissenschaftszuständigkeitsverordnung, eingereicht von einem unabhängigen Verein „Cannabis Forschung Deutschland e. V.“ bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Der Fokus dieses Projektes umfasse mehrere Themen, beispielsweise den Gesundheitsschutz, der Anbau von kontrollierten medizinischen Konsumcannabis, bezogen von einem bestehenden Händler und der Eindämmung des Schwarzmarktes. Man konnte bereits viele Erfahrungen in der Schweiz sammeln, wo städteübergreifend seit fünf Jahren die Cannabisabgabe kontrolliert wird. Eine Abgabe erfolge nur an volljährige Studienteilnehmer, mit Meldeadresse in der Stadt der Abgabestelle. Die Preise und Produkte sollen einen Anreiz dazu bieten, das Konsumcannabis nicht von dem Schwarzmarkt zu beziehen, Zubehör könne im Fachgeschäft erworben werden. Eine App solle über Risiken und Nebenwirkungen aufklären, darüber hinaus können die Teilnehmer die Studie über eine App jederzeit abbrechen oder die Cannabisabgabemenge reduzieren, so Frau Schubert.

Bedenken äußerte Herr Panse, Fraktion CDU dahingehend, ob eine Entscheidung der Stadt Erfurt für den Antrag bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung relevant wäre. Des Weiteren hinterfragte er die scheinbar geteilte Meinung des Arbeitskreises Suchtprävention, welche mit drei ja, drei nein und fünf Enthaltungen gestimmt hatte. Er beantragte eine Vertagung.

Eine genauere Einschätzung dazu gab die Amtsleiterin des Gesundheitsamtes, Frau Melzer. Trotz vieler Gesprächen, einer Online-Fortbildung und einer Präsenzvorstellung ist es nicht gelungen alle Fragestellungen auszuräumen. Beispielsweise wirke die Begleitforschung in

der Abgabestelle nicht unabhängig, es gäbe ein großes Angebot an Zubehör zu augenscheinlichen Werbezwecken und sie enthalte zu wenig Fragen zur Gesundheitsforschung. Daher die verhaltene Abstimmung des Arbeitskreises Suchtprävention. Des Weiteren zeige die Schweizer Studie, dass zwanzig Prozent der Teilnehmer einen problematischen Konsum seit Beginn der Studie angezeigt haben.

Auf die Frage durch Herrn Möller, nach der Problematik der aktuellen Antragstellung, merkte die Amtsleiterin des Gesundheitsamtes an, dass das Gesundheitsamt keine gute wissenschaftlich fundierte Begleitung gewährleisten könne. Auch äußerte sie Bedenken, dass die Konsequenzen für die Stadt Erfurt nicht absehbar sind. Es könne zu Konflikten innerhalb der Stadtgesellschaft kommen.

Frau Schubert bezog zu den letzten Redebeiträgen Stellung. Für die Teilnahme an der Studie wurde eine Genehmigung beantragt und keine Förderung. Die wissenschaftliche Begleitung erfülle vollumfänglich das Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung (ZIS) der Universität Hamburg. Zum Thema zirkuläre Distanzen erklärte Frau Schubert, dass die Adresse der künftigen Abgabestelle ein elementares Detail im Antrag darstelle und somit von der Bundesanstalt ebenfalls überprüft werde. Ebenso werden im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes die Schaufenster mit Sichtschutz versehen. Frau Schubert wünschte sich eine gute Zusammenarbeit und Austausch mit der Stadt Erfurt.

Frau Wuttig, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bat den Ausschuss dieses Forschungsprojekt als Chance zu betrachten. Die kontrollierte Abgabe gäbe mehr Möglichkeiten, zum Beispiel für den Schutz der Kinder- und Jugend, so Frau Wuttig. Dennoch stimme sie einer Vertagung zu, bis die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung den Antrag bearbeitet hat.

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden gab es keine weiteren Wortmeldungen, somit bat Frau Schwarz zur Abstimmung über die Vertagung.

**Vertagt Ja 10 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0**

- 7.1.1. Antrag der Fraktion Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN 1068/25  
zur Drucksache 1585/24 - Verantwortungsvolle Regulierung von Cannabis auf kommunaler Ebene – Modelvorhaben zur Abgabe von Cannabis entsprechend dem Programm des Bundes in Erfurt umsetzen  
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit**

**Vertagt**

- 7.2. Keine Zeltlager in Erfurt: Taskforce für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in Erfurt 1817/24  
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend**

Die Drucksache wurde durch den Einreicher zurückgezogen.

**Zurückgezogen**

- 7.3.            **Helferportal für Menschen mit Behinderungen und für Seniorinnen und Senioren in Erfurt**            0785/25  
BE: Vertreter der Fraktion CDU  
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Frau Fischer, Fraktion CDU, beantragte die Verweisung in den zuständigen Ausschuss.

**Kein Votum**

- 7.3.1.        **Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0785/25 - Helferportal für Menschen mit Behinderungen und für Seniorinnen und Senioren in Erfurt**            1234/25  
BE: Vertreter der Fraktion CDU  
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

**Kein Votum**

- 7.4.            **Sachstand Umsetzung ThINKA-Projekte Erfurt, Abschluss von Kooperationsvereinbarungen**            0981/25  
BE: Leiter des Amtes für Soziales

Nach Eröffnung der Diskussion durch die Ausschussvorsitzende gab es keine Wortmeldungen oder Nachfragen, somit bat Frau Schwarz zur Abstimmung.

**Bestätigt Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

- 7.5.            **Stipendienprogramm der Stadt Erfurt für Zahnmedizinstudenten zur Sicherung der zahnärztlichen Versorgung in Kooperation**            1205/25  
BE: Vertreter Fraktion der AfD  
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Frau Herold, Fraktion AfD, gab eine kurze Einleitung zur Drucksache 1205/25. Wie bereits im Herbst 2023 in einem ähnlichen Antrag thematisiert, möchte Frau Herold die anwesenden Ausschussmitglieder auf die kritische Situation des zahnmedizinischen Fachkräftemangels aufmerksam machen. In Thüringen sind 40 Prozent der Ärzte älter als 60 Jahre, eine Versorgung könne somit bald nicht mehr gewährleistet werden. Des Weiteren werden in drei bis fünf Jahren weitere 30 bis 40 Praxen auf Grund der fehlender Nachfolger schließen, führte Frau Herold weiter aus. Eigener medizinischer Nachwuchs sollte nicht nur in Erfurt ausgebildet werden, sondern sich danach auch in Erfurt niederlassen. Dies könnte durch ein gefördertes Stipendium an der Health and Medical University (HMU) Erfurt, eine private, staatlich anerkannte Universität, ermöglicht werden. Frau Herold bittet den Ausschuss um Zustimmung zum Antrag.

Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN äußerte Bedenken zur Rückzahlungsforderung, welche von den geförderten Studenten bei einem Wegzug aus der Stadt Erfurt erwartet wird. Er

erklärte, dass zu dem Antrag nur landespolitische Argumente vorgetragen wurden, weiter enthält der Antrag keine genauen Zahlen aus der Landeshauptstadt. Somit hielt Herr Möller den Antrag für irreführend und würde diesen ablehnen. Abgelehnt werde der Antrag ebenfalls von Frau Fischer, Fraktion CDU, da ihrer Meinung nach das Problem durch eine finanzielle Unterstützung nicht gelöst wird, wenn die Studenten nach ihrem Abschluss sich dennoch in einer anderen Stadt niederlassen. Laut Herrn Panse, Fraktion CDU, entspreche der Antrag nicht der entsprechenden Form und wäre fachlich unbegründet. Der Fachkräftemangel wäre ein flächendeckendes Problem.

Abschließend bezog Frau Herold kurz Stellung zu den Argumenten. Sie sehe die erfolgreiche Durchführung in kreisfreien Städten und Landkreisen. Die genannte private Universität biete ab Frühjahrsemester 2026 200 Studienplätze an, mit Zulassungsgespräch und ohne eine bestimmte Notenbedingung. Die Studiengänge an der Friedrich-Schiller-Universität dagegen wären siebenfach überbucht. Auch diene diese finanzielle Förderung der sozialen Gleichstellung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, darum bat die Ausschussvorsitzende zur Abstimmung.

**Abgelehnt Ja 1 Nein 10 Enthaltung 0 Befangen 0**

- 7.6. Weiterführung Sozialticket ab 1. September 2025 1250/25**  
**BE: Vertreter der Fraktion Die Linke**  
**hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend**

Frau Schwarz, Fraktion Die Linke, fasste den Antrag kurz zusammen und erklärte den sachlichen Hintergrund der Fraktion hierfür. Um die bisherige Wirkung des Sozialtickets zu erhalten und den öffentlichen Personennahverkehr weiterhin zu bestärken, beantragte die Fraktion die Weiterführung des Sozialtickets für Sozialhilfeempfänger für monatlich 19 Euro. Die Fraktion sehe zwei Finanzierungsmöglichkeiten, zum einen die Entnahme aus der Finanzausgleichsrücklage, zum anderen die Finanzierung aus den zusätzlichen Landeszuweisungen. Die Kosten belaufen sich ab 01.09.2025 auf 120.000 Euro und ab 2026 auf 300.000 Euro.

Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN sehe dem Antrag mit geteilter Meinung. Das soziale Ansinnen war erkenntlich, jedoch wäre eine Zustimmung nicht möglich. Da die Finanzierung der Kosten nicht zweifelsfrei garantiert werden kann, wie die Kämmerei bereits bestätigte, war in Herr Möllers Augen ein anderer Ausschuss zuständig. Somit würde er eine Vertagung vorschlagen.

Herr Panse; Fraktion CDU stimmte dem inhaltlich zu. Er sah den Antrag als irreführend und so nicht abstimmungsreif. Somit hielt Herr Panse die Vertagung für sinnvoll.

Die Ausschussvorsitzende fragte nach weiteren Wortmeldungen. Die Beratung wurde geschlossen und über die Vertagung wurde abgestimmt.

**Vertagt Ja 5 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0**

- 7.7. Mehr Gesundheitsversorgung dort, wo sie gebraucht wird 1273/25**  
**– für ein Modellprojekt Gesundheitskiosk**  
**BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**  
**hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit**

Die Drucksache wurde durch den Einreicher vertagt.

## Vertagt

### 8. Festlegungen des Ausschusses

- 8.1. Festlegung aus der öffentl. Sitzung des SAG vom 18.02.2025 zu TOP 5.2 – DS 0251/25 - Förderung von Projekten und Maßnahmen des LSZ im Jahr 2025/ hier: Negativliste  
0547/25  
BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Herr Möller bedankt sich bei den Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die ausführliche Beantwortung. Des Weiteren hofft er auf einen jährlichen Informationsaustausch im Gesamtrahmen der Sozialraumarbeit zwischen Ausschuss und Verwaltung.

## Zur Kenntnis genommen

### 9. Informationen

- 9.1. Konzeption Erfurter Seniorenpass  
BE: Leiter des Amtes für Soziales  
1246/25

Es gab keine Nachfragen oder Wortmeldungen.

## Zur Kenntnis genommen

### 9.2. Mündliche Informationen

Es lagen keine Anträge vor.

### 9.3. Sonstige Informationen

Entsprechend der Bitte des Ausschusses aus der Sitzung vom 25.02.2025 stellte sich die Gleichstellungsbeauftragte Frau Susette Schubert vor. Die Grundlage ihrer Arbeit wird im Thüringer Gleichstellungsgesetz geregelt und differenziert sich in kommunale und behördliche Tätigkeiten. Zu dem behördlichen Aufgabenbereich gehöre die Arbeit für die Stadtverwaltung Erfurt in Rahmen der Stellenbesetzungsverfahren, Förderung von Frauen in Führungspositionen, Belästigungsverfahren und den Gleichstellungsplan sichten und fortführen. Die kommunale Arbeit dreht sich um die Sachverhalte innerhalb der Landeshauptstadt Erfurt und beinhaltet die Korrespondenz mit verschiedenen Gremien, zum Beispiel dem Jugendhilfeausschuss, Integrierte Gesamtraumplanung und die AG Migration und Frauen. Des Weiteren ist Frau Schubert in Arbeitskreisen eingebunden, beispielweise Arbeitsgemeinschaft häusliche Gewalt und Kriminalpräventiver Rat. Abschließend bat Frau Schubert um Fragen.

Die sachkundige Bürgerin der Fraktion Die Linke erfragte die geplanten Maßnahmen zur Beseitigung der Benachteiligungen der Trans- und nichtbinären Menschen in der Gesellschaft und wie Frau Schubert das Vertrauen der queeren Community gewinnen will. Die Tür der Gleichstellungsbeauftragten steht für alle Menschen gleichermaßen offen, so Frau Schubert. Erste Gespräche mit dem queeren Zentrum sind bereits geführt worden.

Herr Panse, Fraktion CDU bat um eine Einschätzung der vorhandenen Ressourcen, benötige Frau Schubert weitere Ressourcen. Eine Stellenausschreibung für eine Stellvertreterin lief bis 30.05.2025. Die Stadtverwaltung unterstützt in vielen Bereichen, so Frau Schubert.

Frau Morgenroth, Fraktion Mehrwertstadt hatte Nachfragen zum privat ausgeübten Ehrenamt der Gleichstellungsbeauftragten. Um diese individuellen Fragen zu beantworten, möchte Frau Schubert in ihren Büroräumen gerne ein Gespräch mit der Fraktion Mehrwertstadt führen.

Nach der Beantwortung durch Frau Schubert, schloss die Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung. Sie verabschiedete die Gäste und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Schwarz  
Vorsitzender

gez.   
Schriftführer/in